

Zu Hause in der Antisemitismus-Debatte

Asyl Abdullah Sa und Rebecca de Vries sind eine ungewöhnliche Wohngemeinschaft, zumindest nach der jüngsten Kontroverse über politische Radikalität und Geflüchtete. Sie ist Jüdin aus Deutschland, er ein Geflüchteter aus Syrien. *Von Jan Schapira*

Elegant sieht es nicht aus, wie sich Abdullah Sa über das Eis bewegt. Statt mit seinen Schlittschuhen zu gleiten, stolpert er voran. Die Jugendlichen im Stadion Neukölln drehen Pirouetten und jagen hintereinander her, aber Sa, der in Wirklichkeit anders heißt, lässt es lieber langsam angehen. Sa und die Eisbahn, man muss sich nicht besonders anstrengen, um darin ein Symbol zu sehen. Seit sechs Wochen ist er in Berlin. Seine Heimat Syrien hat er vor über zwei Jahren verlassen. Der 24-Jährige ist vor Krieg und Zerstörung geflohen. Und jetzt befindet er sich in Deutschland auf dem glatten Eis. Glücklicherweise hält eine junge Frau seinen Arm: Rebecca de Vries kennt Sa seit seiner Ankunft in Berlin. Seitdem wohnen sie zusammen in einer Wohngemeinschaft.

Wer die Debatte über Antisemitismus unter Geflüchteten verfolgt hat, dem müssen de Vries und Abdullah wie ein ganz und gar ungewöhnliches Paar vorkommen: Er ist Muslim aus Syrien, sie Jüdin aus Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat öffentlich in die Debatte eingegriffen. Sie nehme die Sorgen der jüdischen Gemeinde vor Antisemitismus sehr ernst – dies gälte auch im Hinblick auf Geflüchtete, die aus Ländern kommen, „in denen Antisemitismus und Hass auf Israel Teil des öffentlichen Lebens sind und von Kindesbeinen an vermittelt werden.“ Damit reagierte Merkel auf Josef Schuster, den Präsidenten des Zentralrats der Juden. Mit seiner Äußerung, dass viele der derzeit in Deutschland Ankommenden „Kulturen entstammen, in denen der Hass auf Juden und die Intoleranz ein fester Bestandteil sind“, hat er eine Debatte angestoßen. Kommt mit den Geflüchteten tatsächlich mehr Antisemitismus nach Deutschland?

Die Wohnung, die sich Rebecca de Vries und Abdullah Sa teilen, liegt in Berlin-Neukölln. Von der Küche aus schaut man in einen ruhigen Hinterhof. Nur mit einem Rucksack auf dem Rücken kam Sa hier an. Trotz aller Angst hatte der 24-Jährige an der türkischen Küste ein Schlauchboot bestiegen – und setzte nach Europa über. In Istanbul hatte er die letzten zwei Jahre verbracht, als syrischer Flüchtling ohne legalen Aufenthaltstitel. So wie Sa es beschreibt, war die gefährliche Reise nicht wirklich eine freiwillige Entscheidung. In Istanbul sah er für sich keine Zukunft. Er arbeitete als schlecht bezahlter Verkäufer auf dem Gewürzbasar. Statt Geld hätte Sa nur Träume, vor allem den, sein in Damaskus angefangenes Studium als Englisch-Übersetzer fortzusetzen.

Seine Familie beschreibt Sa als Mittelstand, vielleicht sogar etwas wohlhabender: Ihm, seinen Eltern und seinen Geschwistern ging es gut in Damaskus. Sie hatten zwei Wohnungen, Arbeit, Einkommen. Das alles war vor dem Bürgerkrieg. 2013 flohen sie vor der Gewalt in die Türkei. Während seiner Arbeit auf dem Gewürzbasar in Istanbul interessierte sich eine Freundin von de Vries für seine Ware. Aus dem Verkaufsgespräch entwickelte sich später eine Freundschaft. Als sich Sa dann auf den Weg nach Europa machte, bat die Freundin de Vries, ihm bei seiner Ankunft in Deutschland zu helfen. In ihrer Wohnung hatte de Vries ein Zimmer frei. Dass die 32-Jährige Jüdin ist, erfuhr Sa nach einigen Tagen. Er schaute auf eine an die Wand gepinnte Postkarte in der Küche. Auf Arabisch stand darauf geschrieben: „Jude“. „Wer ist hier Jude?“, fragte Sa. De Vries ist aktiv in Sa-

„In der Schule lernten wir, Angst zu haben vor Israelis.“

Abdullah Sa kannte vor seiner Flucht keinen Juden



Rebecca de Vries hat Abdullah Sa bei sich aufgenommen und führt ihn ein in die hiesige Debattenkultur.

Foto: Schapira

lam-Schalom, einer Neuköllner Initiative von Muslimen und Juden gegen Rassismus und Antisemitismus. Die arabische Postkarte war Teil einer Aktion für das Miteinander der beiden Minderheiten, die, wie de Vries sagt, in der Öffentlichkeit oft als „natürliche Feinde“ dargestellt werden. Dass sie Sa das kleine Gästezimmer gegeben hat, liegt aber nicht nur an de Vries Weltoffenheit. Geflüchteten zu helfen greift sie auch als Gebot aufgrund ihrer eigenen Geschichte. Alle ihre Großeltern sind Holocaust-Überlebende.

Für de Vries gibt es einen Zusammenhang zwischen den Erfahrungen ihrer Familie und den Flüchtlingen heute. Vor dem Zweiten Weltkrieg verweigerten Staaten wie die USA oder England vielen Schutzsuchenden die Aufnahme. Große Teile der Öffentlichkeit waren Juden feindlich gesinnt. Mit einer anderen Asylpolitik hätten viele Menschen vor dem deutschen Wahngerechert werden können. Als Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden, vor einigen Wochen in der „Welt“ mit dem Begriff einer „Obergrenze“ für Geflüchtete zitiert wurde und von antisemitischen Kulturen sprach, da ging de Vries mit Salam-Schalom auf die Straße. Sie zündete Kerzen an, um ein Zeichen für die Aufnahme von Geflüchteten zu setzen – und gegen deren pauschale Assoziierung mit Antisemitismus.

Aber es gibt Antisemitismus im Nahen Osten, auch in Syrien. Daran lässt Abdullah Sa keinen Zweifel. „In der Schule lernten wir, Angst zu haben vor Israelis“, sagt Sa. Man lerne, dass man ihnen nicht trauen könne. Seit Jahrzehnten befinden sich Israel und Syrien miteinander im Krieg, das hat sich auch in den Schulbüchern niedergeschlagen. Zwischen Juden und Israelis werde unterschieden. Er erinnert sich an Texte, nach der nicht alle Juden mit der israelischen Politik übereinstimmen.

Michael Kiefer vom Lehrstuhl für Islamische Theologie der Universität Osna-

brück beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Antisemitismus im Nahen Osten und der muslimischen Welt. Er bestätigt, was Sa zur formellen Unterscheidung zwischen Juden und Israelis sagt. Es findet sich Antisemitismus in den öffentlichen Medien und in Schulbüchern, sagt Kiefer. Häufig würde nicht das Wort „Jude“ gebraucht, sondern „Zionist“, aber die altbekannten antisemitischen Erzählungen blieben dieselben. Weit verbreitet im Nahen Osten ist so etwa das Narrativ von einer zionistischen Weltverschwörung – eine Bedrohung vor der schon in der 1903 erschienen antijüdischen Propagandaschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ gewarnt wird.

„In Syrien war der Antisemitismus vor dem Bürgerkrieg Teil der Staatsideologie“, sagt Kiefer und verweist dazu auch auf die Hetzschrift „Die Matze von Zion“. Verfasst wurde sie 1983 vom langjährigen syrischen Verteidigungsminister Mustafa Tlas, der darin Juden unterstellt, das Blut von Nichtjuden zum Backen von Matze-Brot zu verwenden. Bis vor dem syrischen Bürgerkrieg wurde diese Schrift in immer neuen Auflagen gedruckt. In seinem Buch „Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften“ beschreibt Kiefer, wie der europäische Antisemitismus sich im Nahen Osten verbreitete. Eine seiner zentralen These ist, dass den arabischen Staaten die fantastische Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung gelegen kam, um die eigenen militärischen Niederlagen gegen Israel erklären zu können.

Bei allem Wissen über Antisemitismus im Nahen Osten ist Kiefer mehr als vorsichtig, wenn es um Antisemitismus unter Geflüchteten geht. „Man kann Befürchtungen äußern“, sagt Kiefer im Hinblick auf die Debatte, „aber für ein abschließendes Urteil fehlt die wissenschaftliche Grundlage.“ Es gibt keine Erhebung zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter Geflüch-

teten – was im Übrigen auch generell für die arabische Welt gilt. Bekannt ist lediglich die Verbreitung antisemitischer Schriften und Fernsehserien. Wie diese aber rezipiert werden und wie verbreitet antisemitische Haltungen tatsächlich sind, darüber gibt es kein gesichertes Wissen.

Noch etwas wendet Kiefer ein: Das Regime von Baschar al-Assad hat die Kontrolle über weite Teile Syriens verloren, von einem funktionsfähigem Staat kann seit Jahren nicht mehr die Rede sein. Die Umbrüche werden Spuren bei den Menschen hinterlassen haben. Niemand weiß, inwiefern und ob überhaupt im Denken der Menschen Israel und Juden noch eine Rolle spielen. Statt vorschnell in einen „Beziehungsdiskurs“ zu verfallen, empfiehlt Kiefer deshalb Sachlichkeit. Sollten tatsächlich Probleme auftreten, dann gelte es, auf diese zu reagieren so wie bisher auch.

Abdullah Sa hat sich vor seiner Überfahrt nach Europa sicherlich nicht träumen lassen, in Deutschland in eine Antisemitismus-Debatte involviert zu werden. Ganz ruhig sitzt er in der Küche in Neukölln und sagt in aller Ehrlichkeit: „Ich bin nicht hierhergekommen, um Juden anzufinden. Ich wusste früher noch nicht einmal, dass es Juden in Deutschland gibt.“ In seiner kurzen Zeit in Berlin konnte er aber bereits Erfahrung damit sammeln, dass Juden und Antisemitismus hier ein sensibles Thema sind. Nachdem Sa vor der Flüchtlingsregistrierungsstelle am Lageso stundenlang gewartet hatte, bekam er einen Bearbeitungsstempel auf sein Handgelenk. „Wie ein Tier!“, schrieb Sa dazu auf Facebook. In den Kommentaren zogen Freunde Vergleiche zum Holocaust und den Tätowierungen jüdischer Häftlinge. Einen Tag später entschuldigte sich Sa dafür. Ein jüdischer Freund habe ihm die Bedeutung der KZ-Nummern erklärt. Ob dieser Freund Rebecca de Vries war, sagt der Post nicht.

„Viele der derzeit in Deutschland Ankommenden entstammen Kulturen, in denen der Hass auf Juden ein fester Bestandteil ist.“

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden

Schuften für den großen Knall

Silvester Wie der Feuerwerkshändler Comet in nur drei Tagen 95 Prozent seines Jahresumsatzes macht. *Von Eckhard Stengel*

Beim Silvesterfeuerwerk bin ich eher der Typ „Adrenalin-Junkie“, sagt Richard Eickel. „Es muss schon was am Himmel stattfinden.“ Natürlich nur mit hauseigener Ware, denn der 51-Jährige ist Geschäftsführer der Bremerhavener Firma Comet Feuerwerk GmbH, da kommt ihm kein Fremdprodukt ans Feuerzeug. Das Sortiment ist ja auch groß genug: 3000 verschiedene Artikel vertreibt das zweitgrößte Unternehmen der Branche, alles Importware aus China. Wenn Eickel sich am Silvesterabend mit Freunden trifft, zündelt er als Letzter. „Ich brenne ein paar Highlights ab. Und dann fällt die ganze Anspannung ab.“ Nicht nur bei ihm, sondern auch bei seinen 200 Stamm- und Saisonarbeitskräften. „Die kriechen dann ein bisschen auf dem Zahnfleisch“, erzählt er.

In einem riesigen Hallenkomplex, 216 Meter lang und 120 Meter breit, stapeln

sich überall Kartons mit den importierten Böllern und Raketen. Ein scheinbar heilloser Durcheinander, aber die Männer und Frauen in der „Kommissionierungszone“ wissen genau, was zu tun ist: Sie müssen für 30 000 Läden in ganz Deutschland jeweils eine individuelle Sendung zusammenstellen. Da gibt es für jeden das Passende: für den „einfühlsamen Romantiker“, der „Feuerwerk statt Blumen sprechen“ lässt, oder den „Adrenalin-Junkie“, der das „dröhnende Finish mit gefächerten Salvenschüssen“ liebt – so einer wie Eickel. Gabelstapler preschen durch die Gänge. Frauen mit gelben Warnwesten kutschieren versandfertige Paletten per Hubwagen zu einem der 18 Ladetore. 1,3 Millionen Einzelkartons werden pro Saison ausgeliefert. Hat ein Händler statt Kartons Einzelartikel bestellt, sammeln Frauen sie zunächst in einer Art Einkaufswagen aus Holz.



Von Anfang Dezember bis Silvester wird rund um die Uhr gearbeitet.

Foto: dpa

„Das ist eine große logistische Herausforderung“, sagt Firmenchef Eickel. Ein absolutes Saisongeschäft, denn nur an den letzten drei Tagen des Jahres darf Comet richtig Geld machen, 95 Prozent des Jahresumsatzes. So schreibt es das Gesetz vor, also Stress pur für Eickels Truppe. Von Anfang Dezember bis kurz vor Weihnachten wird rund um die Uhr gearbeitet. Die Ver-

packer schuften im Drei-Schicht-Betrieb sechs Tage am Stück, manchmal auch länger. In der Halle erzählt einer, ein Kollege habe mehrere Wochen ohne freien Tag gearbeitet. „Das kann nicht sein“, versichert Eickel. „Wir reizen aus, was wir ausreizen dürfen“ – aber mehr auch nicht.“

Bis 2004 produzierte Comet auch noch selbst, in Erdbunkern, zur Sicherheit. Zum Sortiment zählte auch Übungsmunition fürs Militär, denn damals gehörte die 1955 gegründete Firma zum Rüstungskonzern Diehl. Aber der verkaufte das Unternehmen Ende 2004 an den Handelskonzern Li & Fung (Hongkong). Mit den Chinesen schrumpfte die Belegschaft, und es kam ein neuer Chef: Richard Eickel. 2008 wurde ein neuer Firmensitz gebaut, mit riesigen Lagerhallen und nur noch einem Erdbunker für Sicherheitskontrollen – natürlich erst nach Hinzuziehung eines Feng-Shui-Beraters. Apropos Harmonie: soll man nicht lieber spenden als knallen? „Viele tun beides“, glaubt Eickel. Sein Wunsch: wenn schon verzichten, dann „lieber eine Flasche Sekt weniger trinken“.

Am liebsten diskret

Parteien Immer seltener treten Spender offen auf. Zahlungen laufen meist verdeckt. Das muss sich ändern. *Von Thomas Maron*

Im Grunde muss man jene loben, die mehr als 50 000 Euro auf einmal an Parteien spenden, denn die Großspender trauen sich wenigstens ans Licht. Ross und Reiter werden genannt. Das schafft Transparenz und schärft den prüfenden Blick auf politische Entscheidungen der Begünstigten. Prinzipiell wäre ja wenig gegen Spenden an Parteien zu sagen, wenn denn in allen Fällen klar wäre, wer den Scheck unterschrieben hat. Das ist aber nicht der Fall – im Gegenteil. Undurchsichtig ist das vollkommen legale Dickicht, in dem Geld an die Parteien fließen kann, ohne dass bekannt wird, wer zahlt.

Parteiensponsoring heißt das Zauberwort. Verbände und Unternehmen sponsern beispielsweise Parteiveranstaltungen, ohne dass diese Aufwendungen in den Rechenschaftsberichten der Parteien ihnen direkt zugeordnet werden müssen. Zum Vergleich: im Bundestagswahljahr 2013 wurden an Großspenden, die sofort transparent gemacht werden müssen, 3,76 Millionen Euro an die Parteien überwiesen. Fast zehnfach so viel wurde im selben Jahr ohne Zwang zum Herkunftsnachweis gesponsert. Mit den Geldgebern bleiben aber deren mögliche Motive im Dunkeln. Das schafft Misstrauen, das muss sich ändern. Bundestagspräsident Norbert Lammert fordert dies schon seit Jahren. Geändert hat sich nichts. Warum wohl?

Schnell reagiert

Sozialhilfe Ein Grundsatzurteil zu Gunsten von EU-Ausländern wird politisch korrigiert. *Von Barbara Thurner-Fromm*

Seit dem 3. Dezember schrillen bei den Kommunen und den Parteien die Alarmglocken. An diesem Tag urteilte das Bundessozialgericht in Kassel, dass Menschen aus dem EU-Ausland, die in Deutschland Arbeit suchen, Anspruch auf Sozialhilfe haben. Sie müssen sich dafür nur mindestens sechs Monate hier aufhalten haben. Jeder EU-Ausländer, der ein halbes Jahr aussitzt, könnte demnach Geld aus der Sozialkasse bekommen – das ist in der Tat ein großes Einfallstor für unerwünschte Armutsmigration vor allem aus Südosteuropa. Die drohte nicht nur zu einer Überforderung der durch die Flüchtlingsströme ohnehin stark belasteten Kommunen zu werden. Diese Aussicht wäre auch Wasser auf die Mühlen der Rechtsausleger von der AfD in den anstehenden Landtagswahlkämpfen.

Selten einmütig und schnell haben sich Union und SPD deshalb darauf verständigt, das Urteil politisch zu korrigieren. Das ist vernünftig, denn es wäre nicht nur eine neue, explosive Milliardenbelastung geworden. Es hätte auch das mühselige Geschäft der Kanzlerin konterkariert, auf EU-Ebene Solidarität in der Flüchtlingskrise einzufordern. Ein Land, das mehr Sozialhilfe zahlt, als man in Rumänien oder Bulgarien mit Arbeit verdienen kann, scheint im Überfluss zu leben. Diesem Zerrbild muss die Regierung entgegenwirken.

Unten rechts

Sprachastrologie

Schluss mit den Nullzinsen, sagte die Chefin der US-Notenbank, Janet Yellen, jüngst und brach mit dieser überraschend verständlichen Erklärung mit der metaphorisch-verrätselten, linguistisch-verhüllten Sprache ihrer Vorgänger. Die Analysen von Alan Greenspan beispielsweise wurden anhand des Aktenaschen-Indikators entschlüsselt – je voller die Tasche, desto wahrscheinlicher eine Zinssenkung. In der Politik waren es die Kreml-Astrologen, die genau wussten, welche Folgen ein Stirnrunzeln Stalins für die Rest-Welt hatten – meist keine guten.

Ganz ausgestorben ist dieser subtile Geheimcode aber nicht: Formte Kanzlerin Merkel ihre Raute in Form einer Würgehand am Verhandlungstisch, blieben dem Griechen keine fünf Minuten mehr, um die Renten zu senken. Fußballtrainer Thorsten Legat ließ mit den Satzfragmente „Das ist ein Virus, ein Bazillus“ und: „Man ballert sich freitags den Arsch voll“ aufhorchen. Und durch die Reden von Pegida-Funktionären geistert immer wieder jener islamistische Karottenkönig, der kleine Kinder aufisst. Sepb Blatter dagegen ist ein Meister der Klarheit. Auf die möglichen Probleme von Homosexuellen bei der WM in Katar angesprochen, meinte er: „Sie sollen einfach keinen Sex haben.“ Das muss nicht mehr interpretiert werden. *Martin Gerstner*